

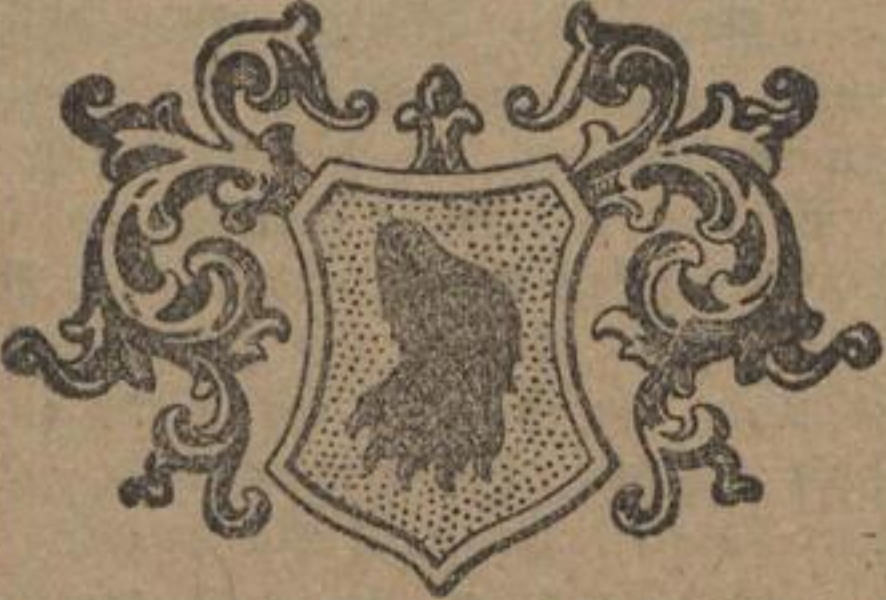
# Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz. Bezirksanzeiger

und Zeitung

Postfach Konto Dresden 2138. Giro-Konto 148  
Bank-Konto: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz.

**Leitung: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.**  
Am Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art der Leitung oder der Redaktionsleistungen hat der Bezirker keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Monatlich M. 380.— bei freier Zustellung; bei Abholung monatlich M. 380.—; durch die Post monatlich M. 380.— freibleibend.



Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechs mal gesprochene Zeitzeile (Masse's Zeilenmesser 14) M. 50.—, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M. 46.—, Amtliche Zeile M. 150.—, und M. 120.—. Restliche M. 120.—. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitrauber und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. — Bei zwangswelcher Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Rechnung. —

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großhirsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 11.

Donnerstag, den 25. Januar 1923.

75. Jahrgang

## Amthlicher Teil.

### Zuckerverversorgung.

Auf Bezugsausweis I Abschnitt E der Zuckerkarte können die Kleinbändler als zweite Januar Mundzuckerquote  $\frac{1}{2}$  Pfund Zucker auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung sofort ausgeben.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 28. Januar 1923.

### Mehl- und Brotpreise.

Infolge der bedeutenden Erhöhungen des Mahlohns, der Gefellenlöhne, der Kohlenpreise und des Backlohns müssen die Preise für das auf Marken abzugebende Mehl, Brot Mehl und Weißgebäck vom 28. Januar d. J. ab (Brotmarken mit dem Buchstaben U 1-4) wie folgt festgesetzt werden:

1 Pfund Brot	136 Mk.
2 Pfund Brot	272 Mk.
3 Pfund Brot	408 Mk.
1 1900 Gramm-Brot	516 Mk.
1 Pfund Roggenmehl im Kleinhandel	183 Mk.
1 Pfund Weizenmehl im Kleinhandel	173 Mk.
1 Semmel im Gewicht von 80 Gramm	27 Mk.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 24. Januar 1923.

Auf Blatt 48 des Handelsregisters, die Firma **J. G. Großmann, Gesellschaft** mit beschränkter Haftung in **Großhirsdorf** betreffend, ist heute eingetragen worden:

Der Gesellschaftsvertrag vom 22. Juli 1913 mit seinen mehrfachen Änderungen ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 27. November 1922 außer Kraft gesetzt worden. An seine Stelle tritt der am 27. November 1922 festgestellte neue Gesellschaftsvertrag. Das Stammkapital ist auf acht Millionen sechshunderttausend Mark erhöht worden.

Amtsgericht Pulsnitz, am 15. Januar 1923.

### Die Ausgabe der neuen Brotmarken

findet **Freitag, den 26. Januar 1923 im Ratskeller — 1 Treppe —** in der Reihenfolge der neuen Ausweiskarten

von 8-1 Uhr vorm. und 3-5 Uhr nachm. statt.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß die bisher bekanntgegebenen Abholungszeiten pünktlich einzuhalten sind. Die erhaltenen Marken sind sofort nach Empfang auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen, da spätere Einwendungen nicht berücksichtigt werden können.

Haushaltungen, welche Brotmarken an diesem Tage nicht abholen und zu einer anderen Zeit erscheinen, haben je 20 M. Gebühr abzuführen.

Pulsnitz, den 24. Januar 1923.

Der Stadtrat.

## Das Wichtigste.

Die sächsische Regierung beabsichtigt weder eine Verringerung der Poststeuern, noch den Erlass eines allgemeinen Tarifverbots.

Die Reichsregierung hat einen neuen Protest gegen die neuen Rheinlandsverordnungen abgelehnt.

Wie die Telegraphen-Agentur erklärt, ist die Entlohnung der Arbeiterchaft im Ruhrgebiet auf jeden Fall festgesetzt, sobald sich alle Sorgen um den Unterhalt der mannigfachen Belegschaften erledigen.

Poincaré berechnet den deutschen Widerstand auf höchstens 8 Wochen. (Ob er sich nicht verrechnet hat?)

Der Papst spendete zur Unterstützung katholischer Akademiker 50 000 Lire.

Die vom Zentraleresserkomitee der Sowjets eingesetzte Untersuchungskommission hat nunmehr festgestellt, daß im Jahre 1922 824 Personen ungesetlich erschossen worden sind.

Die Vereinigung der französischen Gesellschaft für den Völkerbund ersuchte Poincaré, das Reparationsproblem und die Frage der interalliierten Schulden dem Völkerbunde zu unterbreiten.

1000 Mark für ein markenfrees Brot haben die Berliner Bäcker festgesetzt. Bisher betrug der Preis 700 Mark.

Das Verbot des Jungdeutschen Ordens wurde vom Staatsgerichtshof aufgehoben.

Die Reichsregierung beabsichtigt im ganzen Reiche eine Sammlung fürs Ruhrgebiet zu veranstalten.

Die Franzosen haben auf den Ruhrhöhen um Essen einige Hundert Geschütze aufgeschossen.

165 000 Arbeiter und Angestellte der Thyssen- und Stinneszechen befinden sich im Proteststreik gegen die Verhaftung der Direktoren.

In Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und den Gewerkschaftsführern wurde völlige Einmütigkeit über die künftigen Maßnahmen erzielt.

Der Gesandtenrat über die sogenannte wertbeständige Anleihe in Höhe von 25 Milliarden Mark wurde im sächsischen Landtag mit 56 gegen 29 Stimmen angenommen.

Der Völkerbundsrat soll am 29. dieses Monats in Paris zusammentreten.

Mussolini schlägt ein Weltfriedensgericht für die Reparationsfrage vor.

Reichskanzler Dr. Cuno hat auf den Gräbern der Opfer der rechtswidrigen Ruhrbesetzung des Krankenpflegers Kommissar und des Sohnes des Lokomotivführers Birse, Kränze mit Schleißen in den Reichsfarben niederlegen lassen.

Der Verband bayrischer Kaffeehausbesitzer hat seine Mitglieder angewiesen, an Franzosen und Belgier nichts mehr zu verkaufen und keine französischen und belgischen Waren mehr zu kaufen.

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau stiftete für die Ruhrbergleute einen Betrag von einer Milliarde Mark.

Die Sowjetregierung hat in Moskau eine Kundgebung gegen die Ruhrbesetzung durch die französischen Truppen in Szene gesetzt.

Das englische Landheer zählt gegenwärtig 134 241 Mann. Das sind ungefähr 2000 Mann mehr als im Vorjahre.

Der Banknotenumsatz zeigte in der zweiten Januarhälfte eine neue Steigerung um 101,3 Milliarden Mk. Damit betrug der Umlauf an papierernen Zahlungsmitteln über anderthalb Billionen Mk.

In Paris will man für das Ruhrgebiet einen Oberkommissar, der zugleich militärische und zivile Befugnisse erhalten soll, ernennen. Es wird dabei an den General Weygand gedacht.

## Derliche und sächsische Angelegenheiten.

— (Sämtliche Unfallrenten), die bis einschließlich 30. November 1922 ausgestellt sind, aber den 31. Dezember 1922 hinaus noch laufen und ferner auf einen Gesamtbetrag laufender Monatszahlungen von 800 M. und mehr lauten, werden mit Wirkung vom 1. Dezember 1922 ab durch die Post in vierfacher Höhe ausgezahlt. Die Zahlung erfolgt am 1. Februar. Nachzahlungen sind hiernach: der dreifache Betrag für Dezember und der dreifache Betrag für Januar, hinzukommt der vierfache Betrag für Februar, sodas die am 1. Februar vorzuliegende Rentenquittung auf den zehnfachen Betrag des ursprünglich angewiesenen Renten-Betrags zu lauten haben würde.

— (Wetterbericht) Schon wieder zieht ein tiefes Minimum von Island heran und wird sich voraussichtlich in südlicher Richtung fortbewegen, sein Einfluß dürfte jedoch am Freitag nur noch minimal sein, dagegen wird an diesem Tage ein neues bereits bei Island im Anzuge sein, sodas das unbeständige Wetter mit Niederschlägen und Wind erneut einsetzt wird. Auch jetzt ist ernstliches Winterwetter noch nicht in Aussicht.

— (Der Preis für die Schachtel Streichhölzer) ist inzwischen auf 40 Mark gestiegen. Da in einer Schachtel 50 Streichhölzer enthalten sind, kostet nunmehr ein einzelnes Streichholz 80 Pfennig.

— (Der Höchstpreis für Mauerziegel) ist für die Ziegeleien im Bezirke der Amtshauptmannschaft Kamenz mit Wirkung vom 1. Januar d. J. ab auf 48 500 M. und ab 15. Januar auf 59 500 M. festgesetzt worden. Diese Preise verstehen sich für 1000 Stück Mauerziegel ab Werk, frei auf den Wagen geladen. Zuschläge für Kleinverkäufe wie bisher.

— (Notgeldscheine einlösen) Das Notgeld bezw. die Gutscheine der sächsischen Staatsbank, des Rates der Stadt Dresden, der Amtshauptmannschaft, Bezirksverband Dresden-Neustadt usw. ist bis Ende dieses Monats bei den Ausgabestellen einzulösen. Vom 5. Februar ist Notgeld nach einer Bestimmung des Reichsfinanzministers als Zahlungsmittel nicht mehr zulässig.

**Lichtenberg. (Gemeinderats-Sitzung.)**  
In der letzten Sitzung wurde beschlossen, die Zinsen von 2 Begaten an Bedürftige zu verteilen. Zum Ankauf von Vermitteln, die an die Schüler zum Selbstkostenpreis abgegeben werden sollen, werden 300 000 Mark bewilligt. Was die kommunale Totenbestattung betrifft, wird eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Ortsgesetzes beauftragt. Das Gehalt des Gemeindevorstandes wird nach dem Vorschlag der Amtshauptmannschaft bewilligt. Der Gemeindevorstand erhält ab 1. Januar 1923 M. 12 000.— monatlich. Der Bauauschuß wird beauftragt, passendes Bauland für Wohnungsbau zu beschaffen. An der neu zu gründenden Elektrizitätsaktiengesellschaft

Pulsnitz will sich die Gemeinde mit einer Million Mark beteiligen.

### Oberlichtenau. (Gemeinderats-Sitzung.)

Die Gemeinde hat aus dem Ausgleichsstock M. 6334.— überwiesen bekommen. Die Gemeindesteuerverordnung fand einstimmige Annahme. Die Heimbürgerin erhält ab 1. Januar 1923 erhöhte Gebühren. Den Notstandsmaßnahmen für Renteneinpfänger wird zugestimmt. Das Elektrizitätswerk Pulsnitz betr. wurde beschlossen, bekanntzugeben, daß im Gemeindeamt auf Verpflichtungsscheine die zu zeichnenden Summen entgegengenommen werden. Die Gewerbesteuer wurde auf 25 % festgesetzt.

**Kamenz. (Bezirksauschuss-Sitzung.)** Am vergangenen Sonnabend, den 20. Januar, vormittags 9 Uhr fand in der Amtshauptmannschaft unter dem Vorsitz des Herrn Amtshauptmann Graf Bismarck v. Eckardt die 1. diesjährige öffentliche Sitzung des Bezirksauschusses statt. Zu den neu zu bildenden Beiräten des Bezirksamtes für Kriegerversorgung wurden den Vorschlägen der Amtshauptmannschaft entsprechend die bisherigen drei Mitglieder Bezirksarzt Reg.-Med.-Rat Dr. Paarmann-Kamenz, Frau Grote-Oberlichtenau und Fel. Bauerjahn-Kamenz wiedergewählt. Sodann stellte der Bezirksauschuß die Bedingungen auf, unter denen die Eingemeindung der Rittergüter Boda und Kratau in die gleichnamigen Gemeinden zu erfolgen haben wird. Der Bezirksauschuß sprach sich sodann dahin aus, daß der Gemeinde Stenz ein Anspruch auf die Vereinigung des selbständigen Gutsbezirks Glaunshaus mit ihr nicht zuerkannt werden kann, dieser Gutsbezirk vielmehr mit der Gemeinde Böhra als der näher gelegenen zu vereinigen sei. Die Verträge über die Vereinigung der selbständigen Gutsbezirke Richtenau und Rottsch mit diesen Gemeinden wurde genehmigt. Den Gemeinden Brauna, Ohlig, Lichtenberg und Bretzig wurde anheimgegeben, die für ihre Gebietsgrenzen von der Amtshauptmannschaft vorgeschlagenen Ortsgesetzentwürfe über Abgrenzungsgrenzen für Gebirgsgebiete anzunehmen. Die Erhöhung der Gebühren für Prüfung der Vierdruckapparate auf das 12fache, sowie die Gebühren für die Benutzung der Bezirksstraßenwalze auf das 20fache der bisherigen Sätze und die Erhöhung der Gebühren für die Kohlenbezugscheine um 150 Prozent wurde beschlossen. Das Anerbieten der Kraftwerks-Gesellschaft „Freistaat Sachsen“, den Stammanteil des Bezirksverbandes um 40 000 M. zu erhöhen, wurde angenommen. Der Beitrag für den Landesverband Sachsen vom Deutschen Verein gegen den Alkoholismus wurde auf 500 M. erhöht und dem Verein Perberge zur Heimat in Kamenz zur Beschaffung von Heizungsmaterial eine Beihilfe von 5000 M. bewilligt. Weiter genehmigte der Bezirksauschuß eine größere Anzahl von Steuerregulativen und Gebietsgrenzänderungen einzelner Gemeinden sowie eine Grundstücksabtrennung in Schwepnitz. In einem Falle wo ein Reichsausländer in der Gemeinde Stenz ein Wohnhaus kaufen wollte, wurde die Geltendmachung des dem Bezirksverbande zustehenden Vorkaufsrechtes beschlossen. Von den 4 Gesuchen um Genehmigung zum Kleinhandel mit Spirituosen, und Wein, Bier, Weins, Branntwein- und Kaffeeschank sowie zum Tanzhalten, Heberbergen, Kruppenfelsen und Ausspannen wurden die Gesuche von Walthar Albricht-Königsbrück und Emil Proffig-Königsbrück mangels Bedürfnisses abgelehnt, während in den zwei anderen Fällen die Konzession auf Georg Ruhn in Miltzsch und Paul Scholze in Ostro in dem bisherigen Umfang übertragen wurde. Im übrigen wurde noch beschlossen, den Entwurf zu einer Hausbesitzungssteuerordnung für den Bezirk aufstellen zu lassen. Nachdem alle Versuche, für die Geschäfte der Veranlagung zur staatlichen Grundsteuer weitere stellvertretende Vorsitzende für die gebildeten Grundsteuerausstände aus der Zahl der nicht beamteten Bezirksangehörigen zu gewinnen, erfolglos geblieben sind, beschloß der Bezirksauschuß, dem Finanzministerium für dieses Amt den beim Bezirksamt tätigen Angestellten Liebe in Vorschlag zu bringen.

**Kamenz, 23. Jan. (Personalnachricht.)**  
Der Herr Reichspräsident hat Herrn Steuerrat